



München, 14. Dezember 2005/sy

Offener Brief

Betreffend Koppelung Ärztliches Honorar an die Arzneimittelverschreibung

Heute wurden die bayerischen Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern aufgefordert, an den Verschreibungen der Arzneimittel zu sparen. Gleichzeitig schreibt die Ärzte-Zeitung Nr. 226 auf Seite 1, dass das Kabinett der Großen Koalition ein entsprechendes Malus-System beschließen will, um die Kosten der Arzneimittelausgaben zu senken.

Das Ärztesyndikat brandmarkt die Kopplung von Arzthonorar und Medikamentenmenge als

Schritt in die Planwirtschaft und

eklatanten Verfassungsbruch.

Die Menschenwürde der Patienten wird mit Füßen getreten.

Um die Berufsfreiheit der Ärzte wäre es damit geschehen.

Im Ergebnis wird der Arzt genötigt, seinen Patienten um der eigenen Existenz willen dringend benötigte Arzneimittel vorzuenthalten. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient, das seit Menschengedenken zum Grundbestand des bürgerlichen Selbstverständnisses gehört, verschwindet damit in den Geschichtsbüchern. Alle

Patienten, Ärzte, Verbände, Medien und Politiker werden aufgefordert,

sich kompromisslos zur vollständigen Entkopplung von Medikamentenpreis und Arzthonorar zu erklären.

Die Ärzte betreiben Medizin und lehnen es ab, sich zum unterbezahlten Insolvenzverwalter eines bankrotten Systems auf Kosten der Schwächsten dienstverpflichten zu lassen.

Um die Bezahlbarkeit des Gesundheitssystems mögen sich die Krankenkassen kümmern, die zu diesem Zweck mit einem Jahr für Jahr Milliarden verschlingenden Verwaltungsapparat ausgestattet sind. Nach Meinung des Ärztesyndikats sollte Deutschland als erstes daran sparen und die Finanzierung komplett in die Hände der Privatwirtschaft legen.

M. Kreuscher
1. Vorsitzender

Rechtsanwalt S. Schünemann
2. Vorsitzender

Dr. I. Hillermeier